Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4889**

17. Wahlperiode 23. 02. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Behm, Ulrike Höfken, Friedrich Ostendorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/3222 –

Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz" auf Ökologisierung und nachhaltige ländliche Entwicklung konzentrieren

A. Problem

Die Entwicklung in den ländlichen Räumen hat nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entscheidenden Einfluss auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Dies gilt sowohl unter ökonomischen als auch unter ökologischen und sozialen Aspekten. Dennoch werden nach Ansicht der Antragsteller trotz vieler Verlautbarungen und Willensbekundungen kaum konkrete politische Maßnahmen zur Verbesserung der Entwicklungschancen im ländlichen Raum ergriffen. Mit dem Antrag auf Drucksache 17/3222 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, mit einer Änderung des Grundgesetzes und des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK-Gesetz) die Gemeinschaftsaufgabe an die Erfordernisse der ländlichen Entwicklung und des Küstenschutzes anzupassen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/3222.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/3222 abzulehnen.

Berlin, den 15. Dezember 2010

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Cornelia Behm

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/3222** wurde in der 68. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Oktober 2010 dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie dem Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Entwicklung in den ländlichen Räumen entscheidenden Einfluss auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Dies gilt sowohl unter ökonomischen als auch unter ökologischen und sozialen Aspekten. Dennoch werden nach ihrer Ansicht trotz vieler Verlautbarungen und Willensbekundungen kaum konkrete politische Maßnahmen zur Verbesserung der Entwicklungschancen im ländlichen Raum ergriffen.

Ein wichtiger Pfeiler für die zukunftsfähige Entwicklung ländlicher Räume ist die Neustrukturierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) mit den Schwerpunkten ökologische Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige ländliche Entwicklung und Küstenschutz. Dabei ist eine Konzentration der in der GAK enthaltenen Agrarstrukturmittel auf wirksame Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung dringend geboten. Die Antragsteller weisen darauf hin, dass die Anpassung des Agrarstrukturteils der GAK nur dann gelingen kann, wenn die sektorale Ausrichtung auf die Agrarstruktur aufgegeben wird. Die Bundesregierung soll daher insbesondere dazu aufgefordert werden,

– mit einer Änderung des Grundgesetzes und des GAK-Gesetzes die Gemeinschaftsaufgabe an die Erfordernisse der ländlichen Entwicklung und des Küstenschutzes anzupassen;
– die Agrarförderung auf Maßnahmen zu konzentrieren, die den sogenannten neuen Herausforderungen beim Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität, verbesserten Wassermanagement sowie beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der artgerechten Tierhaltung gerecht werden;
– den ökologischen Landbau und die bäuerliche Landwirtschaft zu stärken;
– die Agrar-Umweltmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit hinsichtlich der sogenannten neuen Herausforderungen zu überprüfen;
– die Gewährung der Ausgleichszulage an nachhaltige Bewirtschaftungsformen zu koppeln;
– integrierte Entwicklungskonzepte zur Grundlage der gesamten Wirtschafts- und Regionalförderung zu machen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 28. Sitzung am 15. Dezember 2010 den Antrag auf Drucksache 17/3222 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3222 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 22. Sitzung am 15. Dezember 2010 den Antrag auf Drucksache 17/3222 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3222 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/3222 in seiner 27. Sitzung am 15. Dezember 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, die GAK sei in den vergangenen Jahren stetig weiterentwickelt worden. Die Fortentwicklung reiche von Fördermaßnahmen in Einzelbetrieben bis zu Agrarumweltmaßnahmen. Das Ziel einer leistungsfähigen, wettbewerbsfähigen und innovativen Landwirtschaft dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Den Antragstellern scheine entgangen zu sein, dass gerade mit der letzten GAK die Ökologisierung und damit auch die nachhaltige Entwicklung besonders forciert worden sei. Sie erinnere an die Erhöhung der Prämien für Agrarumweltmaßnahmen einschließlich der Sommerweide-Prämie und der Prämie für den Ökolandbau. Auch werde der klimaschonende Anbau von Körnerleguminosen sowie das Anlegen von Grünland-Schonstreifen neu gefördert. Ferner seien die Fördersätze für das Regionalmanagement erhöht worden. Daher lehne die Fraktion der CDU/CSU den aus ihrer Sicht überflüssigen Antrag auf Drucksache 17/3222 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass man sich für die Zukunft überlegen müsse, wie die GAK ausgestaltet werden solle. Dazu müsse zunächst die anstehende Agrarreform auf europäischer Ebene abgewartet werden. Erst wenn über den künftigen finanziellen Rahmen und die grundsätzliche Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik Klarheit bestehe, sei eine sich daran anschließende Befassung mit der Zukunft der GAK angebracht. Die im Antrag zum Ausdruck kommende Position, die Frage der Ökologisierung von der Größe der Betriebe abhängig zu machen, werde nicht geteilt. Die derzeitigen Vorgaben aus Europa, dass an Zielen orientiert Leistungen erbracht werden und daran auch die Prämien ausgerichtet sein sollten, seien ein richtiger Ansatz. Vor diesem Hintergrund enthalte sich die Fraktion der SPD, auch wenn der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gute und richtige Ansätze beinhalte.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass die derzeitige GAK im ländlichen Bereich Deutschlands gebraucht werde. Im Zuge der Finanzkrise seien im Bundeshaushalt Kürzungen bei der GAK zwingend erforderlich geworden – die ehemalige rot-grüne Bundesregierung habe während ihrer Amtszeit ohne Finanzkrise Kürzungen an der GAK vorgenommen. Es sei nicht verständlich, warum im Antrag gefordert werde, neben dem ländlichen Wegebau die Flurneuordnung zukünftig nicht mehr im Rahmen der GAK zu fördern. Die Flurbereinigung sei ein Instrument, das man insbesondere in bestimmten Regionen nutze, um Landwirtschaft ökologisch vertretbarer zu machen. Nur weil dieses Instrument gleichzeitig Interessen des Naturschutzes und der Landwirtschaft diene, werde es offensichtlich von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht akzeptiert. Die Schulverpflegung aus Mitteln der GAK finanzieren zu wollen sei der falsche Ansatz. Die Fraktion der FDP werde gegen den Antrag stimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, die GAK sei zwar schon mehrfach ein Thema in den Beratungen gewesen, wahrzunehmen seien aber wieder Intransparenz und fehlende optimale Umsetzung. Auch sei keine ausreichende parlamentarische Begleitung gegeben. Es sei unstrittig, dass Programme gestrafft und mit Blick auf die gesamte Förderung des ländlichen Raumes auch noch besser inhaltlich abgestimmt werden könnten. Einige der im Antrag enthaltenen Forderungen, wie beispielsweise die Regionalbudgets, seien nicht strittig. Es störe, dass der Antrag sehr von Klientel-Politik durchzogen und in erster Linie nur auf die ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet sei. Nachhaltigkeit stehe aber auf den drei Säulen Wirtschaftlichkeit, ökologische Bewirtschaftung und Soziales. Der soziale Aspekt fehle im Antrag vollständig. Weil man aber die soziale Verantwortung für die ländlichen Räume mindestens genau so stärken müsse wie die ökologische, werde die Fraktion DIE LINKE. den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, sie spreche sich schon lange dafür aus, die GAK auf die zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raumes und auf die Ökologisierung zu konzentrieren. Für eine nachhaltige ländliche Entwicklung müssten die in der GAK enthaltenen Agrarstrukturmittel effizient eingesetzt werden. Die GAK müsse neu strukturiert werden. Dazu müssten Schwerpunkte gesetzt werden. Hierzu gehörten die ökologische Wettbewerbsfähigkeit, die nachhaltige ländliche Entwicklung und – vor dem Hintergrund der Bedrohung durch den Klimawandel – der Küstenschutz. Erforderlich sei auch, alle Fördermaßnahmen der GAK miteinander in Einklang zu bringen, um die neuen Herausforderungen auch bewältigen zu können. Fördermittel sollten nur noch dann ausgereicht werden, wenn auch regionale Entwicklungskonzepte vorlägen. Letztere sollten die Grundlage für die gesamte Wirtschafts- und Regionalförderung sein. Man habe im Antrag auf Drucksache 17/3222 die wesentlichen Maßnahmen formuliert, um die Mittel im Rahmen der GAK zukünftig effizienter und zukunftsorientierter einsetzen zu können.

Berlin, den 15. Dezember 2010

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333